

geöffnet 14.30 Uhr
bis 7 Uhr in der
Festebelation. Montag:
Mittwoch 18.30 Uhr.
Jährlich 22.50 Mar.
Mar. Gängele Nr.
1 Mar. — Einfluss:
20.000 Exemplare.

Abonnement: Einnahme
auswärts: Hessen-
stein & Vogler in
Hamburg, Berlin,
Wien, Leipzig, Hotel,
Breslau, Frankfurt
u. W., Rad. Mess in
Berlin, Leipzig, Wien,
Bamberg, Frankfurt
u. W., München, —
Daus & Co. in Frank-
furt a. M., — Fa.
Vogt in Chemnitz,
Haus, Lohse, Salz-
meier & Co. in Döbeln.

Untersuchungen: Markt-
tisch 18. eingemessen
bis 18. 6 Uhr. Sonntag
bis Mittwoch 12 Uhr. In
Wochen: große Städte
nach 5 bis 10 Uhr. Die
Raum einer einzelnen
Stadt kann nicht
10 Uhr. Einzelne
Grenze für das
nachträgliche Erheben
der Abreise noch
nicht gegeben.

Submarginal: Monaten
abgestoßen von uns be-
kannten Personen u. Ver-
wandten unterliegen vor wie-
gegen Brunnensan-
dung durch Kreis-
meister oder Schieds-
richter. 10 Silber tönen
Die Abreise. Submarginal
können die Siedlung nach
auf eine Dresden-Pfennig
entnehmen. Die Epa.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redakteur: Julius Reichardt.

Nr. 36. Achtzehnter Jahrgang.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Neuzelt: Ludwig Hartmann.

Dresden, Mittwoch, 5. Februar 1873.

Politisches.

Ein freundlicheres Gesicht waltete über dem Hause des Ministers des Innern v. Nostiz-Wallwitz, als über dem seines Kultuscollegen v. Herber. Dieser war in der 2., jener in der 1. Kammer in der Minorität geblieben. Während aber die 2. Kammer bis zum Schlusse unverhofft blieb, brachte sich gestern die 1. Kammer dem Gange der Dinge und willigte in die hämmischen Gesetze aus dem Ressort des Ministeriums des Innern: Reform der Behörden, Bildung von Bezirksvertretungen, neue Landgemeindeordnung u. s. w. Wir freuen uns dieser Verständigung um so mehr, als nunmehr der jetzige Landtag Vater der fruchtbarsten Reformen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, der Schule und Kirche sein wird. Ob auch der Steuern? Mögen auch die Abgeordneten der 2. Kammer, die sich in der Schulfrage unermüdlich zeigten, angefischt des Ensembles der auf allen Staatsgebieten bewirkten Fortschritte ihre nachträgliche Zustimmung der Entwicklung unseres Staates nicht vorbehalten.

Die Börsensteuer tritt aus dem Nebel, in dem sie bisher erhalten wurde, heraus. Die Detailbestimmungen (s. Tagesgeschichte) ziehen offen darauf ab, daß das deutsche Capital davon zurückzuhalten, sich auf ausländische Speculationen zu werfen. Ist es für die Reichsfinanzen absolut erforderlich, in irgend einer Steuer Ertrag für den Wegfall der gehässigen Salzsteuer zu suchen, so ist uns eine Besteuerung der Börsengeschäfte immer lieber, als eine Erhöhung der Tabaksteuer. Alles, was mit Börse und hoher Finanzwelt zusammenhängt, wird sich voraussichtlich bemühen, im Reichstag die Bewilligung der Börsensteuer zu hinstreiten. Neuerdings heißt es, daß die Kleinstaaten lehr in den Reichstagsräumen drängten, den Reichstag bald zu berufen, da ihre Finanzlage sie nötige, bald aus dem französischen Milliardenkopfe zu schöpfen. Aber auch Preußen und das Reich warten auf den Inhalt besagten Goldtopfes; Preußen für seine Eisenbahn, das Reich u. a. für Festungsbauten, da allein der Ausbau der Reichsfestungen die Kleinigkeit von 68 Millionen beansprucht, außer den Festungen in Elsass-Lothringen.

Belgien hat das luxemburgische Eisenbahnnetz für den Staat angekauft.

In Wien ist der Rotundenbau des Ausstellungsgebäudes vollendet; es ruht fertig auf seinen Beton-Unterlagen und bedarf nur noch einiger Ergänzungsbauten. Während der Ausstellung werden nicht nur die Sendungen der Internationale sich in Wien ein Stellbüro geben, auch die sogen. Kathedersocialisten werden dort einen Kongress abzuhalten. Es ist das vierzigste sozialwirtschaftliche Rennen, welche das ganze sociale Leben nicht einzigt durch das nüchtern-traurige Gejeg von Angebot und Nachfrage geregelt wissen will, sondern vom Staafe verlangt, daß er seiner sittlichen Aufgabe eingedenkt, sich von dem Grundzuge des Alleslaufenlassen losreiße und sich selbst an die Verwirklichung wirthschaftlicher Fortschritte mache.

Die clericalen Partei in Frankreich wird von allen monarchischen, theilweise auch von den republikanischen Fraktionen eifrig umworben. Die Bonapartisten erzählen rührende Geschichten, ein wie treu ergebener Sohn seiner Kirche der verstorbene Napoleon gewesen sei; alle illustrierten Blätter enthalten Darstellungen des Katafalques, auf welchem Napoleon, umgeben von massenhaften katholischen Emblemen, ruht. Die Legitimisten sind ebenfalls mit Leib und Seele dem Clerus ergeben und die orleansistischen Prinzen schenken ständig Kirchenornamente an die Pfarrer verschiedener Kirchspiele und zeigen sich oftentlich bald in dieser, bald in jener Kirche. Die Republikaner umfreien aber den Clerus, in dem sie eine Waffe gegen Deutschland sehen — Um ein getreues Bild von den aufrügenden Sitzungen zu geben, in denen die Verhälter Nationalversammlung das Treiben der Commune von Lyon, die Waffenquipierung der Garibaldianer während des Krieges u. s. w. behandelte, müßten wir mehr Raum zur Verfügung haben, als uns zu Gebote steht. Der bitterste Stross wurde beiderseits aufgeworfen, die heftigsten Leidenschaften erregt. Zur uns Unbelehrten ergibt sich folgendes Bild: Die entschiedenen Demokraten bemächtigten sich nach Sedan der Herrschaft von Lyon und machten die redlichsten Anstrengungen, den Deutschen eine tüchtige Armee entgegenzuwerfen. Sie verbündeten sich mit Garibaldi, der von den Conservativen als ein wahres Ungeheuer geschildert, von den Republikanern als der Retter Frankreichs gefeiert wurde. Neben den französischen Republikanern und ihren Hilfsgruppen aus Italien sammelte sich jedoch ein starkes Contingent der europäischen Republikaner an, dem Frankreich oder Deutschland? Republik oder Kaiserthum? höchst lächerliche Streitfragen waren, das aber eine herliche Gelegenheit, sich von den französischen Demokraten (obwohl sie gründlich hörten und verachteten, ja sogar den Präfekten Lyons, Challemel-Lacour, eine Zeitlang einsperren) mit Waffen und allem Zubehör auszurüsten zu lassen, um in Paris dann die ganze moderne Gesellschaft umzustürzen und den Communismus einzuführen. Abenteurer aus aller Herren Länder strömten dort zusammen, nahmen von Challemel-Waffen und Geld, nur Wenige sahen den Feind (die Deutschen), dafür fanden sich diese Soldaten der Revolution in Paris zu-

sammen, um als Communarden mit den Waffen, die ihnen französischen gegeben hatten, französische Soldaten zu töten. Während Challemel in Lyon das Geld verschwendete, um abenteuerliche Erfindungen zu machen, die „Brüssel zu erschrecken“, wie rollende Lager, mit Säulen bewaffnete Husittenwagen, Stückbomben, Tornisterschilder, die so schwer waren, daß die Soldaten ihre Arme nicht gebrauchen konnten u. s. w., übte sich das internationale Revolutionsheer ein, um später Paris, das sie nicht beherrschte, zu erobern. Die bürgerlichen Demokraten und Republikaner sind stets die Handlanger und Vorläufer der Revolutionspartei, von der sie aus Dank gründlich verachtet werden. Mit jenen Verhandlungen nun beabsichtigte die Monarchisten, nachdem die napoleonische Legende zerstört ist, nun auch die republikanische Legende zu vernichten: daß der Name der Republik ausdrücklich, ein Land zu erreichen. Das ist ihnen so ziemlich gelungen, wiewohl dem republikanischen Präfekten Lyons kein Unterschlupf, sondern nur ein in seinen Mitteln nicht sehr wahrlicher Patriotismus nachzuweisen war. Thiers beschwört die Nationalversammlung, doch nicht in alten Bünden zu wählen, nicht gegen seitig Rache zu suchen, sondern sich der Befriedigung der Landesbedürfnisse zu widmen.

Locales und Sachsisches.

Der Generalrat Dr. Roth hat das Offizierkreis des Königl. Belgischen Leopold-Ordens erhalten.

Der nach Wiederherstellung des Friedens zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich eingeführte Pauschzahlung für die Angehörigen beider Länder beim Überschreiten der Grenze von Elsass-Lothringen ist neuerdings außer Wissamkeit gesetzt worden.

Nach den neuesten Bulletins über den Gesundheitszustand S. M. der Königin sind zwar mehrere Hustenanfälle vorgetragen; da jedoch das Fieber etwas abgenommen hat, ist eine Verminderung der Kräfte nicht eingetreten. Dem Publikum diente es auch zur Beruhigung, daß sowohl S. M. der Königin seinen gewohnten Spazierritt, als die königlichen Prinzen ihre üblichen Promenaden im Großen Garten gestern Nachmittag vornahmen.

Bezüglich der großen Organisationsgesetze haben die Deputationen beider Kammern eine Verständigung erzielt, in welcher die freiliegenden Aufbaungen der Regierung und der Mehrheit der 2. Kammer im Wesentlichen siegreich beibehalten worden sind. So soll die 1. Kammer das Institut der Distriktsvorsteher lassen, hingegen beantworte beide Kammern eine angemessene Betreuung der Landesarmee. Die Strafgericht der Gemeindevertretungen wird in der Regel auf Geltung gestellt. Die Kreisbaudirektionen werden beibehalten, doch in etwas beschränkterer Amtsbezirkszahl. Ihre Zuschiebung soll bei Entwickelungen weiterer Instanzen regellos, mit Ausnahme einiger besonders wichtiger und prägnanter Fälle. Die Entscheidungen der Kreishauptmannschaft sollen dauernd nach collegialer Beratung und Bekanntmachung stattfinden. Die 1. Kammer endlich willigt in die Einführung der Verhandlungen der Kreishauptmannschaft. Wie man sieht, soll die 1. Kammer den größten Theil ihrer früher getakten Rechtsfälle fallen lassen. Dies empfahl der vom geb. Rath v. Koenig gestern vorgetragene Bericht. Metzger teilte zunächst mit, daß er hauptsächlich nur den Bericht der Abteilung des Polizeiorganisationsteiles, Advokat Deumer den über die Landgemeindeordnung, Landeshauptmann Hemmel den über die Bezirkvertretungen und Bürgermeister Koch den über die Verwaltungsträgerredaktion redigirt habe. Natürlich erklärten die Mitglieder der 1. Kammer, die bisher gegen die Regierung gestimmt hatten, daß sie sich nur dem Drange der Tageszeit folgend zur Abstimmung entschlossen. Prof. v. Zehmen fürchtete, daß die neuen Gesetze wieder die Zahl der Staatsbeamten vermindernd, noch die Verwaltung billiger, noch die Gewaltübertragung einfacher machen werde. Nachdem er seine sonstigen Bedenken geäußert, erklärte er, daß er jetzt nur deshalb auf fernere Opposition verzichte, weil er diese Gesetze nur als einen Theil der großen Reformarbeiten dieses Landtags ansiehe; nachdem das Konsistorial- und Schulgesetz Annahme gefunden, darüber die 1. Kammer die Situation und Spannung mit der 2. Kammer nicht noch schwieriger machen. Sehr beklagte er aber, daß die Regierung bei Angreifen in der 2. Kammer auf die 1. die Werte der Verständigung gebahnt habe. v. d. Planck fragt dem bei, daß er nur nachgebe, weil die Neugestaltung der Verwaltung unaufschließbar sei. Erst die Verlagswerturkunden über die Provinzialen der 2. Kammer. Deren Bierärtlichkeit habe den Vorwurf wegen der Distriktsvorsteher antimonarchisch, grobherzig und eigennützig genannt, obwohl dasselbe Institut in Preußen als liberaler Fortschritt begrüßt werde. Das Verlagsverbot müßte sich jeder gefallen lassen, der nicht mit der herrschenden Zusammenziehung ging; solche Dinge möchten aber das zum Wohl des Landes geeignete Zusammenwirken beider Kammern schwächen. Minister a. D. v. Hallenstein stimmt nur deshalb den Gesetzen bei, weil man in nicht langer Zeit die jetzt abzuhastende Trennung von Justiz und Verwaltung wieder einführen werde. Gerade wie in der Wissenschaft es Perioden gäbe, wo man die einzelnen Materien geziert behandeln zu können glaube, dann aber doch weiter leitende Prinzipien für das Ganze aufstelle, just so werde man später die zusammengehörenden Dinge in Justiz und Verwaltung, die ja beide immer einsader würden, wieder vereinigen. Er stimmt aber auch für die Gesetze, weil die Kreisdirektionen in verbesselter Gestalt belassen und weil das Konsistorial- und das Schulgesetz nicht ohne lene Gesetze eingeführt werden könnten. Abg. Seiler überläßt die Verantwortlichkeit für die beiden Folgen des Gesetzes der Regierung und 2. Kammer;

Geb. Finanzrat v. Nostiz übernimmt entschlossen die Verantwortlichkeit dafür und entgegnet Herrn v. Hallenstein, daß in Ländern, wo Justiz und Verwaltung getrennt seien, Kleinland sie wieder vereinen wollte, da es für einen Beamten täglich schwieriger werde, die vielen Gebiete von Rechtspflege und Verwaltung zu übersehen. Graf Hohenholz steht auch aus seiner Opposition gegen die Gesetze zurück, weil nunmehr die längst notwendige Vermehrung der Landesarmee stattfinden werde. Er hofft, daß die Regierung des Gesetzes sich erinnert: je demokratischer die Institutionen, desto energetischer die Verwaltung, tüchtige Beamte anzustellen werde. Er sei auch deßhalb frod Nachgedanken, damit die Spannung mit der 2. Kammer aufhöre. Der Minister von Nostiz ehrt diese patriotischen Gefühle der Nachgebiet gegen die 2. Kammer. Wenn man später auf eine Wiedervereinigung von Justiz und Verwaltung kommen sollte, so würde, wie er gegen von Hallenstein erklärte, man nach dem Vorbild anderer Länder Hypotheken-Nachlass- und Vermögensabgaben den Gemeindeorganen übertragen. Dagegen aber müsse man unbedingt die Fortschritte der Trennung von Justiz und Verwaltung machen. Gegen v. Zehmen erklärte der Minister mit großer Bestimmtheit, daß er die verfassungsmäßige Existenz der 1. Kammer stets vertheidigt habe, aber auch ferner sich nicht bei einer Polemik einzeln Redner der 2. Kammer gegen die 1. einschalten werde. Die Verantwortung für die Folgen des Gesetzes übernehme die Regierung; die Zustände des Landes würden sich unter den neuen Gesetzen aber gewiß nur bessern, Liebe zu Ordnung und Gesetz sich mehren, wenn alle Staats- und Gemeindebeamten nachdrücklich die Gesetze ausführen. Hierauf wurden sämtliche Vorschläge der Vereinigungsdeputationen beinahe einstimmig angenommen, mit Ausnahme desjenigen, daß die Bezirksvorsteherungen das Vorschlagsrecht für erledigte Amtshauptmannstellen haben sollen. Dies lehnte die Kammer in Uebereinstimmung mit der Regierung einstellig ab.

Das Kupferhammer- und Walzwerk Grünthal soll nach einem Antrage der Regierung am Landtag für 135.000 Thaler an den Besitzer einer Metallwarenfabrik im Erzgebirge verkauft werden. Der Staat hofft außerdem aus dem Verkauf von Waaren, Halbfabrikaturen u. s. w. 90.000 Thlr. zu lösen. Beides zusammen würde eine Jahresrente von 11.250 Thlr. darstellen. In den letzten Jahren hat das Kupferhammer jährlich 13.000 Thlr. Rente dem Staat geliefert. Obwohl der Staat somit aus dem Verkaufe des Hammer jährlich eine Rente von 1750 Thlr. einbüßt, so befürwortet die Regierung doch den Verkauf, da bei der bisherigen Rente die Grund- und Gewerbesteuern u. s. w. nicht mit berechnet sind und beträchtliche Geldmittel für erweiterte und den technischen Fortschritten entsprechende Einrichtungen im Laufe der Zeit unvermeidlich sind.

Während gestern in der 1. Kammer der Minister des Innern v. Nostiz von der zu verhöfenden Stückung des gesetzlichen Sinnes im Volle sprach, bewies ein Besucher der Tribüne, daß er sich die Ermahnung des Herrn Ministers nicht sonderlich zu Herzen genommen hatte; denn er benutzte die Beschäftigung unseres Landtagreferenten, um denselben ein Paar Handschuhe aus dem Hute zu ziehen. Die Glacéhandschuhe, mit denen unser Referent dann und wann einzelne Abgeordnete anzugreifen pflegt, sind ihm glücklicherweise nicht mit geschlossen worden.

Bei den Rekruten des in Dresden garnisonirenden Schützenregiments, deren Ausbildung, beispielhaft bemerk, gleich denjenigen der anderen Infanterieregimenter am 1. März vollendet sei, ereignete sich, wie man der „D. A. G.“ berichtet, vor einigen Tagen während des Exercitens folgender seltsamer Todessfall. Eine Abteilung marschierte in Reih und Glied auf dem Platz und vollführte verschiedene Schwenkungen und Aufmärsche; in derselben Secunde, in welcher der Unteroffizier „Hans“ commandierte, stürzte einer der Soldaten aus den Reihen seiner Kameraden tot zu Boden; ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein so jähres Ende bereitet.

Der Jubtag bei der Entrahme von Bildet zu heutigen Maskenball in Braun's Hotel soll ganz erheblich sein und durfte in den geräumigen und geschmückten Sälen heute ein reges Maskenleben pulsieren.

Nachdem im vorigen Jahre die Mehrzahl der Neu- und Antonitäten Strafen mit den Röhren für die neue Wasserleitung versehen worden ist, wünscht Ingenieur Salbach das Rohrnetz nach und nach mit Wasser anfüllen zu können, um dasselbe hinsichtlich seiner Dichtigkeit zu prüfen und bis zu der erst im Laufe nächsten Jahres zu erwartenden Betriebsförderung des Wasserwerkes in gutem Zustande zu erhalten. Zu diesem Zwecke soll aus dem bereits fertigen Theile der Brunnenanlage unterhalb des Glyptiums das Wasser mittels einer Dampfpumpe durch eine interminstische Rohrleitung nach dem Waldschlößchen emporgehoben und in die dort schon verlegten Röhren geleitet werden. Der Rath hat diesem von der Wasserleitungsdéputation befürworteten Vorschlag folge zu geben beschlossen, zumal dessen Ausführung die Möglichkeit gewährt, in den mit Wasser nur spärlich oder gar nicht versorgten Stadttheilen für öffentliche Zwecke, namentlich zum Stromsprengen und Feuerlöschern, Wasser zu verwenden, demnächst aber auch an einige Private Wasser abzugeben und hierdurch mindestens die Betriebskosten zu decken.

Kuriose Geschichten hört man über den Bau des neuen sog. Prohliser Landgrabens und Leute, die es wissen und beurtheilen können, schützen bedenklich den Kopf über die so sehr